

Ludwig Watzal

KEIN ENDE DES NATIONALSTAATS

Deutschlands aussenpolitische Rolle

Die in postmodernen und supranationalen Gefilden schwelgenden deutschen Eliten können mit der Renaissance des Nationalstaates und der damit einhergehenden Renationalisierung der Politik nichts anfangen. Sie verwechseln Nationalstaatlichkeit mit Nationalismus und empfehlen als «Gegengift» die Auflösung der Nationalstaaten.

Was hatte sich 1989 eigentlich ereignet, dass sich das machtpolitische Koordinationssystem völlig verschoben hat? In Mittel- und Osteuropa war ein Imperium zusammengebrochen, das sich auf eine totalitäre Ideologie gestützt und diese mit Hilfe einer militärisch-bürokratischen Nomenklatura gegen die eigene Bevölkerung durchgesetzt hatte. Folgen dieser vierzig- bzw. siebzugjährigen Unterdrückungspolitik war ein Wiederaufkeimen von nationalistischen Tendenzen und ein Wiedererstehen vieler selbständiger Nationalstaaten. Sie waren es, die die Transformations-, Integrations-, Modernisierungs- und Demokratiefunktion in den sich neu konstituierenden Staaten erfolgreich übernahmen. Die in einigen dieser Staaten ausgebrochenen Konflikte sind nicht die Folge der Nationalstaatsbildung, sondern sind auf die totalitäre Herrschaft und die damit einhergehende Nichtentwicklung und Nichtmodernisierung zurückzuführen, was zur Konservierung zahlreicher Vorurteile beigetragen hat. Fazit dieser Prozesse war die Universalität der Nationalstaatlichkeit. Das Prinzip der Vielvölkerstaatlichkeit war damit gescheitert.

Die Idee des Nationalstaates ist eine Errungenschaft der Aufklärung. Er ist der einzige Garant der Menschen- und der Minderheitenrechte. Er garantiert den innern Frieden und ist der einzig legitime Inhaber des Gewaltmonopols. Die Volksherrschaft ist an den Nationalstaat gebunden. Er ist die historische Antwort auf die Kleinstaaterei. Die Uno heisst nicht ohne Grund Vereinte Nationen. Diejenigen, die für eine unbefangene und realistische Betrachtungsweise des Nationalstaates plä-

dieren, sind keine eifernden Nationalisten oder metaphysischen Nationsverkärer. Beides muss als politisch gefährlich zurückgewiesen werden. Im Gegenteil: Hier wird nur eine Selbstverständlichkeit zum Ausdruck gebracht, die immer öfters aus dem Ausland an die Deutschen herangetragen wird. Nicht die Fortexistenz des Nationalstaates wird zu Nationalismus führen, sondern seine Zerschlagung wird regionalistische, separatistische, nationalistische und letztendlich rassistische Vorurteile freisetzen. Der Wegfall der identitätsstiftenden Organisationseinheit könnte zu nationalistischen Konflikten führen. Dies sollte die politische Elite in Europa bedenken, bevor sie auf ihren realitätsfernen Integrationsbahnen weiter fortfährt. Niemand erwartet vom Nationalstaat, dass er quasi als Monade alle Probleme lösen kann; darum geht es auch gar nicht, sondern man will ein erfolgreiches Modell durch einen zentralistischen, antidemokratischen Superstaat à la Maastricht ablösen.

Das deutsch-französische Verhältnis

Die Veränderungen von 1989/90 haben nicht nur die Raison d'être der europäischen Integration, sondern auch die deutsch-französischen Beziehungen von Grund auf in Frage gestellt. Die politischen Eliten in Frankreich und Deutschland haben also die weltpolitische Zäsur immer noch nicht verdaut. Deutschland wurde im Zuge dieser Veränderungen von der Peripherie ins Zentrum europäischer Politik katapultiert. Das Land wurde ein souveräner Nationalstaat und europäische Grossmacht, Frankreich dagegen vom er-

Der Autor ist Redaktor
und freier Journalist in
Bonn.

sten auf den zweiten Platz an die Peripherie in Europa verwiesen. Diese Tatsache erfordert ein neues Denken und bedeutet ein Mehr an aussenpolitischer Verantwortung; letztere ist man in Deutschland nur widerwillig bereit, zu übernehmen. Der Schlingerkurs beim AWACS-Einsatz deutscher Soldaten oder deutscher Kampfflugzeuge bei einem eventuellen Rückzug der UNO-Blauhelmsoldaten aus Bosnien ist eine politische Peinlichkeit. Für die deutsche politische Klasse sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass sie im Ernstfall ihren Verbündeten und Freunden helfen muss. Dass der ehemalige französische Verteidigungsminister *François Leotard* sich in einem Interview in der «Süddeutschen Zeitung» vom 7./8. Januar 1995 wünscht, dass die deutsche Luftwaffe in Bosnien intervenieren soll, falls Bündnispartner im Falle eines Abzugs in Gefahr gerieten, stellt der politischen Elite Deutschlands ein Armutzeugnis aus. Dass die Bundesregierung endlich bereit ist, in Bosnien reguläre Kampftruppen zu stationieren, zeigt, dass realpolitisches Denken Platz greift.

Auch in Frankreich hat die neue Rolle Deutschlands für einige Aufregung unter der politischen Klasse geführt. Der alte Bilateralismus ist obsolet geworden. Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat solange gut funktioniert, solange Deutschland sich mit der Rolle des Juniorpartners abgefunden hatte. Die französische Deutschlandpolitik zielte seit der Gründung der Bundesrepublik auf Kontrolle Deutschlands durch Integration ab. Die erste Periode zur Aussöhnung mündete in General *de Gaulles* Bilateralismus. Dieser zielte auf eine Entfremdung zwischen der Bundesrepublik und den USA ab, um Deutschland enger an Frankreich heranzuführen. Den Nachfolgern *de Gaulles* ging es im Zeichen der Entspannungspolitik um die Erhaltung des europäischen Status quo. Die Entspannungspolitik wurde von Frankreich immer insgeheim als verkappte Wiedervereinigungspolitik interpretiert. Als sich *Willy Brandt* dann mit *Leonid Breschnew* auf der Krim traf, stand das Rappallo-Gespenst wieder auf. Frankreich unterzeichnete die Schlussakte von Helsinki 1975 nur, weil es sie als Zementierung des Status quo verstand, der im französischen nationalen Interesse lag. *François Mitterrand* wollte mit der Wiederbelebung des

.....

Französische
Ungeduld und
Drängeln sollte
bei den
Deutschen die
Alarmglocken
schrillen
lassen.

.....

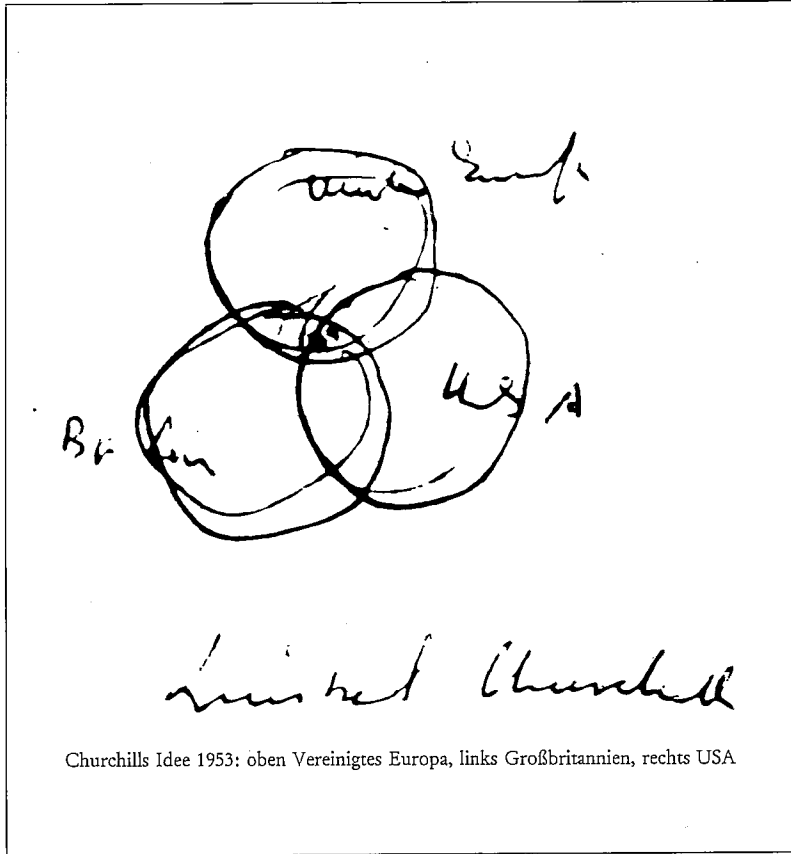
Bilateralismus in Form einer verstärkten Integration seine Vorherrschaft mit allen Mitteln verteidigen. Deshalb versuchte man auch, die deutsche Wiedervereinigung zu blockieren. Der Schlüssel dazu lag jedoch nicht in Paris.

Um seine alte Führungsrolle in Europa wiederzuerlangen, versucht Frankreich durch die Maastricht-Verträge von 1991 die darin konzipierte Wirtschafts- und Währungsunion dazu zu nutzen, die Dominanz der deutschen Bundesbank zu brechen und die europäische Leitwährung, die D-Mark, zu europäisieren. Dieses Ziel verfolgt Frankreich vehement. Ihr in Brüssel für Währungsfragen zuständiger Vertreter, *Yves-Thibault de Siguy*, hat dies unmissverständlich deutlich gemacht: «*Unser Ziel ist es, die Europäische Währungsunion so schnell wie möglich zu verwirklichen.*» Es gebe keinen Grund, den Termin von 1997 aufzugeben. «*Der Vertrag muss erfüllt werden*», forderte er. Die Währungsunion liegt somit im ureigensten französischen Interesse. Sie widerspricht dagegen deutscher Interessenpolitik. Französische Ungeduld und Drängeln sollte bei den Deutschen die Alarmglocken läuten lassen. Frankreich als Sozius der Deutschen ist für die politische Elite des Landes ein Alptraum. Umgekehrt wird ein Reim daraus, wie bereits *Robert Nef* in dieser Zeitschrift¹ festgestellt hat: Das ökonomische Leistungspotential Deutschlands zusammen mit der geistigen Führung Frankreichs wird das Land wieder zur Vormacht in Europa machen, und dazu bedarf das Land der Währungsunion.

Essentielle Interessenpolitik

Auf lange Sicht kommt Deutschland aussenpolitisch nicht darum herum, sich wie ein normaler Nationalstaat zu verhalten und eine eigenständige Interessenpolitik zu betreiben. Beide Termini, normaler Nationalstaat und nationale Interessenpolitik, sind in Deutschland jedoch heftig umstritten. Ein zentraler Einwand lautet: Deutschland könne aufgrund seiner Geschichte niemals ein normaler Nationalstaat werden und eigene Interessen verfolgen. Dass das historische Argument ein gewichtiges ist, wurde uns anlässlich des Endes des Zweiten Weltkrieges vor 50 Jahren wieder deutlich vor Augen geführt.

¹ In: «Frankreichs Wille zu Vormacht», SHM, Jg. 75, Januar 1995, S. 9.



Churchills Idee 1953: oben Vereinigtes Europa, links Großbritannien, rechts USA

Das historische Erbe stellt immer noch eine schwere Last dar. Die Kräfte, die die internationale Politik bestimmen sind dadurch den Deutschen weitgehend fremd geblieben. Ihr Verhältnis zur Macht und zur Machtpolitik scheint aufgrund der Geschichte zerrüttet. Diese Skrupel sind abzulegen. Der Nationalstaat handelt weder moralisch noch amoralisch, sondern interessengeleitet. Staaten haben keine Freunde, sondern nur Interessen, was schon *Bismarck* feststellte.

Sicherheit und Nationalstaat

Dass auch für Deutschland ein dringender aussenpolitischer Handlungsbedarf besteht, zeigen die Beben auf dem Balkan, im Kaukasus und dem Maghreb. Sie machen deutlich, dass es nicht gelungen ist, Sicherheit zu exportieren. Die Uno, die OSZE, die WEU oder die Nato waren nicht in der Lage, auch nur eines dieser drei Konfliktgebiete zu befrieden. In Bosnien gelang dies nur sehr oberflächlich. Es ist deutlich geworden, dass diese Organisationen ohne die USA zu keiner koordinierten und überzeugenden Aktion in der Lage sind. Somit steht der Balkankonflikt auch als Symbol für eine Renationalisie-

Winston S. Churchill,
Handzeichnung
vom 14. Mai 1953,
in: Schulze/Paul:
Europäische Geschichte
und Materialien,
München 1994, S. 401.

rung der Politik. Die EU erscheint in dieser sich zusammenbrauenden konfliktreichen Welt völlig hilflos. Sie verfügt nicht über die Kraft, ihre regionalen Probleme zu lösen, geschweige denn in globale Sphären vorzustossen. Auch die Nato, die einst die Sowjetunion aufhalten sollte, hat den marodierenden Banden auf dem Balkan vier Jahre zu spät Einhalt geboten. Statt dessen betreibt man eine Ausdehnung nach Osten, die sich nur gegen Russland richten kann. Wenn man nicht Russland insgeheim als Gefahr ansehen würde, welchen Zweck hat dann noch die Nato? Um der Nato wieder Sinn einzuhauchen, ist man auf die aberwitzige Idee verfallen, den islamischen Fundamentalismus als neues Feindbild aufzubauen. Davor kann nur gewarnt werden. Dieser Konflikt ist nicht militärischer, sondern geistig-politischer Art.

Das französisch-britische Tandem

In einer «europäischen Aussenpolitik» sind von deutscher Seite keine praktikablen Entwürfe zu erwarten, solange man nicht bereit ist, sich auf globaler Ebene mit Kampftruppen zu engagieren. Sie ist Sache des französisch-britischen Tandems. Frankreich und Grossbritannien wollen den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs und den Ministerrat in seiner Funktion als Exekutive stärken. Das EU-Parlament soll nicht gestärkt, sondern die nationalen Parlamente sollen stärker beteiligt werden, um das Demokratiedefizit zu beheben. «Föderalismus» gilt in beiden Ländern wenig. Beide wollen durch die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) das Profil der EU auf aussenpolitischem Gebiet stärken. Grossbritannien wäre sogar bereit, der WEU grössere verteidigungspolitische Kompetenzen zuzugestehen.

In diesem französisch-britischem Tandem könnte Deutschland ja den Soziespielen. Zu einer aussenpolitischen Subjektfunktion scheint die politische Klasse nicht bereit zu sein, da sie auf die damalige amerikanische Offerte eines «*partners in leadership*», die der ehemalige US-Präsident *George Bush* den Deutschen 1990 anbot, nicht reagiert hat. Diese «Partnerschaft in der Führung» hätte von Deutschland verlangt, vom Objekt zum Subjekt

der Weltpolitik zu werden und damit erheblich mehr Verantwortung zu tragen. Am 8. Dezember 1993 sagte der ehemalige amerikanische Botschafter in Deutschland, *Richard C. Holbrooke*, in Potsdam: «*Wir haben nicht nur keine Angst vor einer grösseren Rolle Deutschlands in der Welt, sondern begrüßen sie. Daher befürworten wir auch die ständige Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat.*» Deutschland darf es bei einer stärkeren aussenpolitischen Rolle Europas nicht zulassen, dass die USA aus Europa verdrängt werden; dies würde das innereuropäische Gleichgewicht verändern, und dies kann nicht im nationalen Interesse Deutschlands liegen. Deutschland braucht aber auch nicht die Rolle des Jasagers und europäischen Musterknabens zu spielen, wie im Falle des amerikanischen Angriffs auf den Irak.

Realismus und nicht Utopismus sind gefragt. Die europäische Integrationspolitik muss grundsätzlich auf den Prüfstand. Bevor weitere Massnahmen beschlossen werden, muss eine Reform an Haupt und Gliedern erfolgen, um das Erhaltenswerte zu retten. Die Frage muss beantwortet werden, welches die Probleme sind, die die souveränen Nationalstaaten in Kooperation nicht lösen und die somit nur von einer supranationalen Organisation bewältigt werden können. Bei ehrlichem Hinschauen dürften da nur wenige übrigbleiben. Die Behauptung, dass der Nationalstaat fast alle Probleme nicht mehr mit andern zusammen lösen könne, entspricht eher einem dogmatischen Glaubenssatz als der Realität. Dem Nationalstaat steht also noch eine blühende Zukunft bevor. ♦